



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ratsfraktion Remscheid

SPD Ratsfraktion Remscheid — Elberfelder Straße 39 — 42853 Remscheid

Entwurf des Manuskripts zur
Sitzung des Rates der Stadt Remscheid
am 21. Juli 2003
i.d.S. Aussprache zum Haushaltslagebericht

Remscheid, 24. Juli 2003
Dokument2

Anrede,

in der letzten Ratssitzung habe ich nach dem Haushaltslagebericht des Herrn Stadtkämmerers angeregt, für die heutige Sitzung eine Aussprache hierüber in der Tagesordnung zu berücksichtigen.

Zum damaligen Zeitpunkt gingen wir von einer Haushaltsverschlechterung von knapp 350.000 Euro aus.

Ende Mai wurde diese Aussage widerrufen und unter dem Hinweis auf zu erwartende Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer eine haushalts-wirtschaftliche Sperre veranlasst, von der wir einige Tagesordnungspunkte später auch Kenntnis nehmen werden.

Im laufenden Haushalt vergrößert sich der Haushaltsfehlbetrag um 2,4 Millionen Euro, hinzu kommen Ansprüche auf Erstattung von Gewerbesteuervorauszahlungen in Höhe von insgesamt ca. 6,6 Millionen Euro.

Anrede,

erlauben sie mir dass ich heute in der letzten Sitzung des Rates vor der Sommerpause etwas grundsätzlicher dazu Stellung beziehe, ohne dass es eine Haushaltsrede im klassischen Sinne wird:

die Luft in der sich dieser Rat bewegt, wird immer dünner. Dabei möchte ich aus einer früheren Haushaltsrede ein Zitat des französischen Kardinals Richelieu in Erinnerung rufen, der den Haushalt eines Gemeinwesens mit den Nervenbahnen eines Menschen verglich.

Bildlich gesprochen ist der Organismus der Stadt Remscheid durch die seit mehr als zehn Jahren anhaltende Haushaltskrise deutlich geschwächt.

Geschäftsstelle
Elberfelder Straße 39
42853 Remscheid
Telefon 02191/4931-37
Telefax 02191/4931-31
eMail spd-ratsfraktion-remscheid@t-online.de
Internet <http://www.rs-spd.de>

Bushaltestelle
Friedrich-Ebert-Platz
Parkplätze (gebührenpflichtig)
Konrad-Adenauer-Straße
Scharffstraße
Elberfelder Straße
Theaterparkplatz

Fraktionsvorsitzender
Hans Peter Meinecke MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzende
York Edelhoff
Susanne Fiedler
Fraktionsgeschäftsführer
Sven Wiertz



Die Entwicklung in den letzten Jahren hat zu einem rasanten Verfall der finanziellen Handlungsfähigkeit geführt.

Ein für die Bürgerinnen und Bürger - im wahrsten Sinne des Wortes spürbarer - Ausfluss dieser Entwicklung ist die Verschlechterung des Zustandes unserer Straßen. Die Gelder für die Straßeninstandhaltung sind bei den letzten Haushaltsberatungen um weitere 40% gekürzt worden. Dieses Geld reicht gerade mal aus, die von der Verwaltung mit der Priorität 1 und 2 belegten Instandsetzungsmaßnahmen zu finanzieren.

Für die Beseitigung weiterer Frostschäden wären 828.000 Euro erforderlich. Bedauerlicherweise wurde ein Antrag meiner Fraktion diesen Missstand zu beseitigen, abgelehnt.

Anrede,

nicht zu erhalten heißt, das Stadtvermögen zu vernichten. Und diese Wertvernichtung findet nicht nur im Straßenunterhalt statt.

Sie wiederholt sich genauso bei der Unterhaltung von baulichen und technischen Anlagen. Ich glaube, keiner kann hier von einer wirtschaftlichen Nutzung städtischen Vermögens sprechen.

Bedauerlicherweise wird diese Vorgehensweise vom bestehenden kamerale Haushaltsrecht verdeckt. Eine nachvollziehbare Vermögensrechnung findet bisher im Haushalt nicht statt.

Das neue kommunale Finanzmanagement versucht dieses Manko der Kameralistik durch die Einbindung von Elementen aus der Doppik zu beheben.

Die Ergebnisse aus den sieben nordrhein-westfälischen Modellkommunen lassen darauf hoffen.

In die gleiche Richtung zielen auch die vom Innenminister herausgegebenen Hinweise für die Behandlung von Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept.

Mit den neuen Vorgaben zur Darstellung der Ausgaben im Vermögenshaushalt wird deutlich, dass bei den unrentierlichen Ausgaben, also Ausgaben, die nicht durch Gebühren refinanziert werden, solche den Vorrang genießen, die entweder gesetzliche Pflichtaufgaben darstellen oder zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz dienen.

Anrede,

so der Ausblick in die Zukunft. Derzeit habe ich jedoch eher den Eindruck, dass obgleich die Probleme schwer auf unseren Schultern lasten, die Einsicht zum Erhalt des städtischen Vermögens nicht sehr weit verbreitet ist.

Wir sind nicht mehr in der Lage - von den Maßnahmen der Schulpauschale abgesehen - neue Gebäude in kommunalen Besitz zu errichten und nur sehr begrenzt zu erhalten. Stattdessen bedient man sich städtischer Tochtergesellschaften und mietet sich bei diesen Unternehmen ein.

Ich brauche zum Verwaltungszentrum Friedrich-Ebert-Platz nichts näheres ausführen, die Materie dürfte ja jedem in diesem Raume bekannt sein.

Nur soviel, dass zuverlässige Quellen aus der Verwaltung zwischenzeitlich von jährlichen Mehrkosten in Höhe von 260.000 Euro ausgehen.

Mindestens 260.000 Euro sage ich aus meiner Sicht. Ich gehe davon aus, dass da noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sein dürfte.

Ich halte auch weiterhin Mehrkosten von ca. 400.000 Euro für realistisch. 400.000 Euro wenn nicht durch verschiedene Manipulationen frisiert würde.

Anrede,

die Mehrkosten fallen als Miete dem Verwaltungshaushalt zur Last. Was nicht unbedingt besser ist - schließlich finanzieren wir den Haushalt mit aktuell bis zu 200 Millionen Euro auf Pump.

Diese Summe gilt lediglich als Überziehungskredit und wird somit nicht auf das von der Bezirksregierung genehmigte Kreditlimit des Vermögenshaushalts angerechnet. Ein Überziehungskredit von dem übrigens keiner weiß, wie er jemals zurückgezahlt werden kann.

Ich möchte hier ganz schweigen von einem möglichen finanziellen Risiko für die städtische Tochtergesellschaft GEWAG. Hier könnte sich etwas entwickeln, was nicht mehr beherrschbar sein wird.

Meine Fraktion hat sich vehement gegen das Vorhaben Ämterhaus aus-gesprochen. Wir halten es auch weiterhin für falsch.

Wenn ich mir anschau, wie schlecht zum Teil die Arbeitsverhältnisse der Verwaltung hier im Rathaus sind, dann frage ich mich, ob ein solches Prestigeprojekt dem Klima innerhalb der Verwaltung gut tut.

Was sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen, die auch weiterhin auf und an 30 Jahre alten Büromöbeln sitzen müssen.

In der Verwaltung wird nicht umsonst seit einiger Zeit von einer Einteilung in zwei Klassen von Beschäftigten gesprochen.

Sei es nun bei der Unterbringung, der Büroausstattung oder in der Beförderungspraxis.

Anrede,

wir können uns beides nicht leisten. Weder den Verzehr bestehenden Vermögens, noch die Demotivation bei einem Teil der Beschäftigten.

Gerade in deren Richtung sage ich sehr deutlich, dass meine Fraktion an einer offenen und ehrlichen Zusammenarbeit interessiert ist.

Wir haben diesen Stil im Umgang miteinander stets gepflegt und daran wird sich auch künftig nichts ändern.

Eine berechtigte Kritik an Verwaltungshandeln darf nicht als kollektive Anklage gegen die Beschäftigten missverstanden werden.

Auch Kritik an der bestehenden Aufbau- und Ablauforganisation hat nichts aber auch gar nichts mit der Leistung der Mitarbeiter zu tun.

Falls dieser Eindruck bei dem einen oder anderen aufgetaucht sein sollte, dem ist nicht so. Auch die Oberbürgermeister unserer Stadt versuchen natürlich immer wieder Kritik an der Organisation oder den Abläufen, als Kritik an den Mitarbeitern zu kolportieren.

Anrede,

bei aller Fürsorge für die Beschäftigten unserer Stadt darf aber auch nicht vergessen werden, dass unser Gemeinwesen nicht gegründet wurde, um einer Verwaltung und ihrer Mitarbeiter willen, oder um Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten, sondern um dem Gemeinwohl innerhalb unserer Stadt zu dienen.

Deshalb wird aus Sicht meiner Fraktion eine weitere Reduzierung der Personalausgaben unumgänglich sein. Spätestens mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II wird es zu einer solchen Diskussion kommen müssen.

Spätestens dann also, wenn möglicherweise über sechzig Mitarbeiter ihr Aufgabengebiet an die Bundesanstalt für Arbeit übergeben werden.

Spätestens dann ist von der Verwaltung dem Rat ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen. Ich mahne es hier und heute nochmals an.

Einen weiteren Aufschub in dieser Sache dürfen und können wir uns - im wahrsten Sinne des Wortes - nicht leisten.

Darüber gilt es auch in Gesprächen mit dem Personalrat eine den Interessen beider Seiten gerecht werdende Lösung zu finden.

Dafür muss die Bereitschaft vorhanden sein, auch Konflikte auszufechten, ich bin dazu bereit - und sicherlich auch bekannt. Das bedeutet aber nicht, den Diskussionspartner über den Tisch ziehen zu wollen.

Denn ein weiteres Konfliktthema ist durch die Einführung der 41-Stunde-Woche bei den Beamten und die mögliche spätere Einführung auch den Tarifbeschäftigten zu erwarten. Dass diese Sparmaßnahme auch in den Städten umzusetzen sein wird, dürfte klar sein.

Die Arbeitszeit der Beamten wird rechnerisch um 6,5% erhöht. Dies führt natürlich einen Abbau von ebenso vielen Planstellen nach sich. Das sind nach dem Stellenplan um die 25 Planstellen. Falls dieses Maßnahme auch auf die Tarifbeschäftigten in den nächsten Tarifverhandlungen eingeführt werden sollte, kämen wir hier zum Wegfall weiterer 80 Stellen.

Als Einsparungen stehen daher aus Arbeitslosengeld II und 41-Stunden-Woche knapp hundert Stellen in den nächsten Jahren zur Disposition, weitere 80 könnten hinzu kommen. Eine Personalkostensumme von knapp 10 Milliarden Euro.

Unter diesen Aspekten erinnere ich hier nochmals an unseren Antrag zur Einfrierung der Personalkosten, der ja leider von ihnen, wehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU abgelehnt wurde.

Anrede,

weiteres Konfliktpotential ist auch in anderen Bereichen vorhanden. Die Zeiten, in denen Ratsmitglieder mit Versprechungen im Mund und Geld in der Hand durch ihre Wahlkreise zogen, um nette - zum Teil zweifellos auch sinnvolle - Gaben unters Wählervolk zu streuen, sind vorbei, endgültig vorbei.

Es gilt einzugestehen, dass wir seit Mitte der 80er Jahre in Remscheid - genauso wie im Land und im Bund - über unsere Verhältnissen gelebt haben.

In Bezug auf Remscheid muss ich selbstkritisch feststellen, dass der Rat - in seiner Gesamtheit und meine Fraktion als Teil von ihm - viel zu spät reagiert hat. Es soll auch in Remscheid heute noch Kommunalpolitiker geben, die es immer noch nicht kapiert haben.

Selbstverständlich gab es Bemühungen, die finanzwirtschaftliche Krise anzupacken. Das wird keiner in diesem Raume leugnen.

Ich denke an das sechs Aktenordner umfassende erste Haushaltssicherungskonzept, das auch Ausdruck für die Zuversicht bei Rat und Verwaltung war, den Haushalt sanieren zu können.

Anrede,

nur habe ich zwischenzeitlich den Eindruck gewonnen, dass es diese Zuversicht nicht mehr gibt. Teile des Rates und der Verwaltung sind in Agonie verfallen - die Zuversicht ist bei vielen der Aussicht gewichen, nichts mehr an unserer Lage ändern zu können, bzw. können zu wollen.

Und andere Mitglieder unseres Rates fühlen sich längst in Cervantes' Don Quichotte versetzt. Sie glauben gegen Windmühlen kämpfen zu müssen.

Sicherlich gäbe es allen Grund zu resignieren. Doch war und ist das nicht der Auftrag und die Erwartungen der Remscheiderinnen und Remscheider an ihren Rat.

Und lassen sie mich das hinzufügen, an ihre Verwaltung.

Anrede,

es gibt Lichtblicke am Horizont.

Erstens ist die Verwaltung der Auflage der Bezirksregierung nachgekommen, einen Subventionsbericht zu erstellen.

Zweitens hat sie Vorschläge unterbreitet, um einen Teil der Einsparvorgabe der Bezirksregierung bei den Zuschüssen und Zuwendungen an Dritte zu erzielen.

Drittens steht die Zusage des Stadtkämmerers, im kommenden Jahr das Haushaltssicherungskonzept neu aufzulegen und es nicht länger aus dem Jahr 2000 ab- und fortzuschreiben.

Herr Oberbürgermeister,

ich möchte unserer Verwaltung dafür Lob und Anerkennung für geleistete und Vorschußlorbeeren für künftige Arbeit aussprechen.

Jetzt ist aber auch der Rat aufgefordert, seiner Verpflichtung nachzukommen. Für meine Fraktion bedeutet das, wir werden den vorgeschlagenen Reduzierungen zustimmen.

Wir setzen auch auf die angekündigte weiteren Diskussion mit den Zuschussempfängern, besser gesagt Leistungserbringern.

Der Subventionsbericht ist ein Anfangspunkt und wir gehen davon aus, dass im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes im kommenden Jahr über weitere Schritte debattiert werden kann.

Eine Entwicklung, die - wie ich glaube, feststellen zu können - von jedem in diesem Raume erhofft wird.

Dabei sind wir auch zu eigenen Vorschlägen bereit. Beispielsweise halten wir es für möglich, auf den Zuschuss der Stadt für die Forschungsgemeinschaft Werkzeuge e.V. zu verzichten. Ersatzweise wäre es auch möglich, jährlich 10 Prozent des Zuschusses abzubauen. Grundlage für diese Überlegungen sind Äußerungen des Geschäftsführers in der Presse, wonach die FGW offenbar auf diese Zuwendung verzichten kann.

Deshalb werden wir bei der Beratung des Subventionsberichtes einen entsprechenden Antrag auf Streichung ersatzweise Reduzierung des Zuschusses stellen.

Wir erinnern zugleich auch daran, dass eine moderate Erhöhung der Vergnügungssteuer möglich sein sollte. Einen Weg hierfür hatten wir in einem Antrag bereits aufgezeigt - mit Steuersätzen, die sich an denen der kreisfreien Städte des Umlands orientierten.

Anrede,

darüber hinaus stehen Änderungen des Bundes- und Landesgesetzgebers bevor, die unmittelbare Auswirkungen auf die städtischen Finanzen haben werden.

Erstens

Zum 1. Januar 2004 steht die Revitalisierung der Gewerbesteuer bevor. Die Bundesregierung plant, dem Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände folgend, eine Ausweitung der Steuerpflicht.

Dies wird positive Auswirkungen auf die Gewerbesteuereinnahmen haben.

Zweitens

Im Rahmen der Reform des Arbeitsmarktes, werden künftig erwerbsfähige Arbeitslose ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld in das sogenannte Arbeitslosengeld II überführt werden.

Dies wird zu einer spürbaren Reduzierung der Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt - also die sogenannte Sozialhilfe - führen.

Auch unter der Voraussetzung, dass den Kommunen neue Aufgaben zugewiesen würden. Die personellen Auswirkungen dieses Schrittes erwähnte ich bereits.

Drittens

Die Stufe 2005 der Steuerreform soll auf das Jahr 2004 vorverlegt werden.

Dies wird im Jahr 2004 und nur im Jahre 2004 zu weiteren Einnahmeausfällen beim Anteil an der Einkommenssteuer führen. Die weiteren Verschlechterungen in den Folgejahren sind ja bereits heute Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung.

Sollten jedoch die konjunkturellen Auswirkungen - wie erhofft - eintreten und nicht weiter zerredet werden, dann könnte es zu einer Wirtschaftsbelebung im kommenden Jahr führen.

Anrede,

nun werden mahnende Stimmen äußern, diese Reformen seien Mogelpackungen und liefen auf eine Mehrbelastung der Kommunen hinaus. Auch bei Wahrung eines gesunden Maßes an Misstrauen, vermag ich diese Befürchtung nicht teilen.

Ich erinnere an die Einführung der Grundsicherung durch den Bund.

Da wurden in einigen Kommunen Horrorszenarien entwickelt, die einem Alfred Hitchcock alle Ehre gemacht hätten.

Phantastische Personalmehrbedarfe und exorbitante Kostenvermehrungen wurden prophezeit. Bei Betrachtung der dem Haushaltslagebericht zugrundeliegenden Daten wird man rasch nüchtern. Die eingeplanten Haushaltsmittel sind bei weitem nicht abgerufen worden. Der neue Ansatz liegt bei einer Million Euro und damit nur noch bei der Hälfte des Vorhergesehenen.

Die Bearbeitung der Grundsicherung wurde mit dem vorhandenen Personal bewältigt.

Für dieses Engagement danke ich Herrn Beigeordneten Mast-Weisz, Herrn Fachbereichsleiter Wien und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches.

Sicherlich ein lohnenswertes Beispiel für andere Städte in Nordrhein-Westfalen, die getreu einer alten Regel der Verwaltung für die neue Aufgabe neues Personal einstellten.

Anrede,

neue - ab und zu auch unkonventionelle - Ideen sind gefragt. Auch und gerade in Zeiten finanzieller Not.

Hierzu zählt auch die Forderung meiner Fraktion zum Aufbau neuer Strukturen in der interkommunalen Zusammenarbeit.

Eine entsprechende Anfrage liegt Ihnen heute vor.

Die erschöpfende Begründung der Anfrage bedarf keiner weiteren Ausführung. Und wie ich vernommen habe, wird die Verwaltung der Bitte meiner Fraktion folgen, um in der Ratssitzung am 13. Oktober hierüber einen umfassenden Bericht abzugeben.

Seite 8 des Schreibens vom 24. Juli 2003

Ich stelle fest, meine Fraktion freut sich auf diese Debatte. Eine Debatte, die auch von den Räten in Solingen und Wuppertal geführt werden wird und von der ich mir erhoffe, dass sie nach zwei Jahren die nötige Initialzündung für unser Bergisches Land erbringen wird.

Anrede

am vergangenen Samstag habe ich meine Ausführungen zur Eröffnung der Brandt-Ausstellung mit einem Zitat Willy Brandts beendet:

„Beeilt Euch zu handeln, bevor es zu spät ist zu bereuen.“

Anrede,

also handeln wir.